

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Lodz, Petrikauer Straße 109
Telephon 136-90 — Postfach-Konto 63-508
Kattowitz, Plebiscytowa 35; Bielsk, Republikanska 4, Tel. 1294

Volksstimme
Bielsk-Biala u. Umgebung

Todesurteile in Moskau.

**Verurteilung von Kamienew, Sinowjew und weiteren 14 angeklagten Bolschewiken
Verhaftungsbefehl gegen Trozki und Siedow, den Sohn Trozki.
Unteruchung auch gegen Bucharin, Radel, Tomski, Rylow u.a.**

Moskau, 24. August. Auf Antrag des Prokurators der Sowjetunion Wyshinski fällt das Kollegium des Obersten Gerichts der Sowjetunion das Urteil im Prozeß gegen die Führer des terroristischen Zentrums Trozki-Sinowjew. Alle 16 Angeklagten mit Sinowjew und Kamienew an der Spitze wurden zum Tode durch Erschießen verurteilt.

Außerdem hat das Kollegium des Obersten Gerichts die Verhaftung von Trozki und Siedow, sobald sie das Gebiet der Sowjetunion betreten, angeordnet und dem Gericht zu überweisen. Siedow ist der Sohn Trozki.

Vor der Urteilsverkündung gab der Prokurator u. a. auch folgende Erklärung ab:

Auf Grund der Aussagen einiger Angeklagten im Verlaufe des Prozesses, denen zufolge sich Tomski, Bucharin, Rylow, Uglanow, Radel, Ptatow, Seresbriatow und Solonnikow an den unter Anklage gestellten Verbrechen mit schuldig gemacht haben, habe ich die Untersuchung dieser Aussagen, soweit sie Tomski, Bucharin, Uglanow, Radel und Ptatow betreffen, angeordnet. Nach dem Ergebnis der Untersuchung wird die Angelegenheit dem gerichtlichen Verfahren zugewiesen werden. Seresbriatow und Solonnikow wurden im Zusammenhang mit den bisherigen Ergebnissen der Untersuchung bereits dem Gericht überstellt. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

In der Prozeßverhandlung am Sonntag hielten noch die 10 letzten Angeklagten ihr „letztes Wort“, in dem diese Angeklagten, ebenso wie die früheren sechs, ihre Tätigkeit gegen die herrschende politische Linie in der Sowjetunion auf das schärfste verurteilten.

Kamienew bekannte sich zu allen Vergehen, die ihm

die Anklage vorwirft, bekannte sich zur Organisation des Anschlages auf den Parteisekretär Kirow. Das Urteil, das gegen ihn gefällt werden wird, wird ein gerechtes sein, ein Beweis, daß alles seine Grenzen hat. „Ich spüre“, so erklärte Kamienew, „auf das Geschrei von der Grausamkeit des gegen uns zu fallenden Urteils“. Daß die Sowjetregierung einen offenen Prozeß macht, ist, so meint Kamienew, ein Beweis der Stärke der Sowjetregierung, was sich weder die japanischer noch deutschen Faschisten gestatten können. Er sehe ein, daß der Sturz der sozialistischen Ordnung in Sowjetrußland heute unmöglich sei, weder durch die internationale Konterrevolution noch durch terroristische Akte. Schließlich bekannte sich Kamienew zur Zusammenarbeit mit der Geheimen Staatspolizei des Hitlerregimes. Ferner verurteilte Kamienew die Tätigkeit Trozki, dessen politische Linie durch Terror gegen die Führer in der Sowjetunion gehe.

Sinowjew gab im großen Ganzen das gleiche zu, wie Kamienew. Er bekannte sich zur Organisation eines Anschlages auf Stalin und Worosylow und zur Vorbereitung des Anschlages auf Kirow. Es tue ihm sehr leid, daß er Stalin nicht gehorcht habe und so sei er aus einem Revolutionär ein Konterrevolutionär geworden. Er verurteilt seine terroristische Tätigkeit und verglich nunmehr den Trozkiismus mit dem Faschismus. Er bat das Gericht, ihm zu glauben, daß er heute nicht mehr ein Feind des Stalin-Regimes sei.

Das Urteil ist bisher nicht ausgeführt worden und es ist auch nicht bekannt geworden, ob es und in welcher Form zur Ausführung gelangen wird.

Berlin als Gendarm Europas.

Die deutsche Presse versucht die letzte Rede des französischen Innenministers Salengro außenpolitisch auszunutzen. Salengro hat gesagt, er wünsche, daß die legale Regierung des benachbarten Landes den Sieg erringe. Dieser sich absolut in den Grenzen der internationalen Höflichkeit und sogar der jetzt so beliebten „Neutralität“ haltende Satz ist von der „patriotischen“ Pariser Rechtspresse aufgegriffen worden als Beweis dafür, daß die Regierung Blum sich gegenüber den spanischen Ereignissen nicht neutral verhalte. Die Nazipresse fängt nur diesen von Paris zugeworfenen Ball mit großer Eleganz auf. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sieht in der Rede des französischen Ministers den klaren Beweis dafür, daß Salengro sich im Schlepptau von Moskau befinde. Das „Berliner Tageblatt“ geht weiter und behauptet, indem es auf die Rede von Salengro anspielt, die soziale Zerlegung in einigen Teilen Europas sei so weit gediehen, daß trotz verschiedener kontraktiver Formeln, hinter denen sich die Zerlegung zu verbergen suche, sich von selbst die Frage stelle, wie man die Ordnung wieder herstellen solle. Dieser Zustand verbinde Deutschland mit allen jenen Ländern, in denen man bereits verstanden habe, wo der Schwerpunkt der Situation liege. Hier wird nicht mehr und nicht weniger propagiert als eine heilige Allianz der sozialistischen Länder unter Berliner Führung zum Zwecke der Wiederherstellung der „Ordnung“, wie man sie in Rom und Berlin ausfaßt. Das Organ des französischen Gewerkschaftsbundes „Peuple“ weist im Zusammenhang mit diesen deutschen Pressestimmen darauf hin, daß auch Frankreich das Recht habe, seine eigenen Vorstellungen davon zu haben, wie die europäische „Ordnung“ aussehen solle. Die französische Demokratie und ihre Regierung haben die Pflicht, den Menschen, die jenseits der Pyrenäen für ihre eigene Freiheit und für die französische Sicherheit kämpfen, die Möglichkeit zu verschaffen, in Frankreich Waffen zu erwerben, die für die Verteidigung des europäischen Friedens notwendig sind.

Der Sieg gewiß.

aber noch langer, schwieriger Kampf in Spanien.

Paris, 24. August. Die Pariser Presse bringt ein Interview mit dem spanischen Präsidenten Azana. Präsident Azana erklärte, der Sieg der Regierung ist gewiß, doch werde der Kampf mit den Aufständischen noch von langer Dauer und schwierig sein.

Präsident Azana steht auf dem Standpunkt der demokratischen Republik und er wird alles tun, um diese Republik zu schützen. Es besteht die Tendenz, die sozialen Probleme grundlegend zu ändern, was hauptsächlich beim Privatbesitz und in der Agrarfrage geschehen soll.

Desgleichen hat der Präsident der katalanischen Regierung, Companys, erklärt, daß man sich für einen langandauernden inneren Kampf vorbereiten müsse.

Der spanische Ministerpräsident Giral erklärte Journalisten, daß im Laufe von 15 bis 20 Tagen ausschlaggebende Ereignisse zu erwarten sind, jedoch wird die „Guerrilla“ noch einige Monate dauern.

Erfolge der Regierungstruppen.

Madrid, 24. August. Der Kriegsminister erklärte, daß die Regierungstruppen weiterhin Vorstöße gegen Cordoba vornehmen. Die Flieger haben 59 Bomben auf die verschanzten Aufständischen abgeworfen.

Paris, 24. August. Aus Henday an der französisch-spanischen Grenze wird berichtet: Bei Gijon haben die asurischen Bergleute unter Führung des sozialistischen Abgeordneten Pena die letzten Schützengräber der Aufständischen genommen, indem sie sie mit Dynamit sprengten. Gefämpft wurde unerbittlich und auf beiden Seiten sind große Verluste. Offiziere der Aufständischen verübten Selbstmord.

Barcelona, 24. August. An der Kampfesfront in Aragonien haben die Regierungstruppen auf dem Wege nach Saragossa die Stadt Belchit besetzt. Die Kämpfe dauerten hier 24 Stunden. Es wurden die von den Aufständischen besetzten Positionen auf dem Berge Ellobo eingenommen.

Vorstöße der Aufständischen.

Nach Meldungen von Seiten der Aufständischen ist von Badajoz eine Kolonne der Aufständischen in Richtung Toledo vorgerückt.

Weiter versuchen die Aufständischen gegen San Sebastian vorzurücken. Eine andere Abteilung versucht den Aufständischen in Oviedo zu Hilfe zu kommen.

Waffenausfuerverbot beschlossen

Alle in Frage kommenden Staaten haben sich der auf Initiative der französischen Regierung vorgeschlagenen Erklärung über ein Waffenausfuerverbot (Waffenausfuerverbot) gegenüber Spanien angeschlossen.

Davon wurde die deutsche Regierung in Kenntnis gesetzt und sie hat daraufhin der französischen Regierung mitgeteilt, daß sie das Waffenausfuerverbot in Deutschland nunmehr mit sofortiger Wirkung in Kraft setzen werde. Die deutsche Regierung hat im übrigen bei ihrer Mitteilung an die französische Regierung der Erwartung Ausdruck gegeben, daß jetzt auch die übrigen berechneten Regierungen, soweit dies noch nicht geschehen ist, das Erforderliche veranlassen, um die verabredeten Maßnahmen wirksam zur Durchführung zu bringen.

Labourabgeordnete in Danzig.

In Danzig sind vorgestern die Abgeordneten der Labour Party Jenkins und Griffiths eingetroffen, um die gegenwärtige politische Lage in der freien Stadt zu studieren, hauptsächlich in Verbindung mit den wieder aufgetauchten Gerüchten über eine bevorstehende gemeinsame Aenderung der Danziger Verfassung.

Russenflucht aus Charbin.

In Charbin lebten bisher etliche zehntausende russische Emigranten, die die einmarschierenden Japaner zunächst aus sehr verständlichen Gründen als „Besetzer“ begrüßten. Die Freundschaft ist jedoch sehr schnell erloschen, vor allem, seit die Japaner versuchen, die Russen zum japanischen Heeresdienst heranzuziehen. Eine Anzahl von ihnen setzte sich daraufhin mit dem Sowjetkonsulat in Verbindung und kehrte, nachdem ihnen zugesichert wurde, daß sie keinerlei Verfolgung zu gewärtigen hätten, nach Rußland zurück. Es scheint, daß die Sowjetbehörden ihr Versprechen gehalten haben, denn dem ersten Trupp sind inzwischen weitere Rückwanderer gefolgt, und die in Charbin erscheinende mandchurische Zeitung „Kung Pao“ nimmt an, daß in den nächsten Wochen mindestens 90 Prozent sämtlicher Weißrussen nicht nur Charbin, sondern ganz Mandchukuo das Land verlassen werden.

Paraguay erhält Kriegsschadigung

Buenos Aires, 23. August. Die Friedenskonferenz, die in der Angelegenheit des Gran Chaco-Gebietes eingesetzt worden ist, hat die Reduktion eines Protokolls durchgeführt, wonach Paraguay eine Entschädigung von 24 Millionen Pfaster erhalten würde. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Paraguay und Bolivien werden wieder aufgenommen werden.

